



Niederschrift

Gremium: **42. Sitzung des Kreisausschusses**
Sitzungsdatum: **Montag, den 05.12.2011**
Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**
Beginn: 14:30 Uhr Ende: 17:06 Uhr

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:

Martin Sailer

Mitglieder:

Manfred Buhl
Hans-Peter Dangl ab 14:36 Uhr
Ludwig Fröhlich
Bernhard Hannemann bis 15:47 Uhr
Dr. Michael Higl
Ursula Jung
Georg Klaußner
Albert Lettinger
Heinz Liebert
Bernd Müller entschuldigt
Karl-Heinz Wagner
Mathilde Wehrle

Vertreter:

Walter Aumann Vertretung für Dr. Simone Strohmayer
Franz Neher Vertretung für Harald Güller

Verwaltung:

Peter Beck zu TOP 8
Rebecca Glück zu TOP 3 und 4
Herwig Leiter zu TOP 2
Sybille Lichti zu TOP 10
Michael Püschel
Martin Seitz

Weitere Anwesende:

Jürgen Reichert, Bezirkstagspräsident Bezirk Schwaben (zu TOP 1)
Andreas Thiel, Regio Augsburg Wirtschaft GmbH (zu TOP 2)

Schriftführerin:

Ulla Berger

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Ausblick auf den Bezirkshaushalt 2012;
Referent: Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert
2. Arbeitsbericht der Regio Wirtschaft GmbH
Referent: Andreas Thiel, Geschäftsführer
Vorlage: 11/0231
3. Tourismusprojekt LandArt;
Finanzielle Förderung durch den Landkreis Augsburg
Vorlage: 11/0292
4. Regionale Energieagentur;
Benennung des weiteren Vorstandsmitglieds für den Landkreis Augsburg
Vorlage: 11/0306
5. Herbert-Dischinger-Innovationspreis;
Richtlinien
Vorlage: 11/0301
6. Neubau des Gymnasiums Diedorf im Rahmen eines ÖPP-Modells
Vorlage: 11/0305
7. Berufliches Schulzentrum Neusäß;
Zustimmung zum Notarvertrag - Bewilligung außerplanmäßiger
Verpflichtungsermächtigungen
Vorlage: 11/0304
8. Bildung und Teilhabeleistungen;
Sachstandsbericht
Vorlage: 11/0307
9. ÖPNV - Fortschreibung des Regionalen Nahverkehrsplanes;
Besetzung des arbeitsbegleitenden Ausschusses
bei der AVV GmbH
Vorlage: 11/0302
10. Imagefilm des Landkreises;
Genehmigung aus Mitteln der Wirtschaftsförderung - Aufhebung des Sperrvermerks
Vorlage: 11/0308
11. Verschiedenes
Kostenbeteiligung des Landkreises
an der Entwicklungsstudie Innovationspark;
Freigabebeschluss
Vorlage: 11/0324
11. Verschiedenes
12. Wünsche und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

13. Gemeinsames Kommunalunternehmen Wertachkliniken
Bobingen und Schwabmünchen;
Wirtschafts- und Stellenplan 2012
Vorlage: 11/0271
14. Wertachklinik Schwabmünchen;
Endabrechnung der Sanierung, BA II
Vorlage: 11/0303
15. IT-Gründerzentrum;
Feststellung des geprüften Jahresabschlusses zum 31.12.2010
Vorlage: 11/0274
16. Verschiedenes
Berufliches Schulzentrum Neusäß;
Zustimmung zum Notarvertrag
17. Wünsche und Anfragen

Vor Eintritt in die Beratungen informiert **Landrat Sailer** darüber, dass Tagesordnungspunkt 5 abgesetzt werden muss, da noch nicht alle Fraktionen hierüber beraten haben.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Ausblick auf den Bezirkshaushalt 2012; Referent: Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert

Landrat Sailer verweist darauf, dass die Termine für die Haushaltsberatungen geändert wurden und der Haushalt somit erst im Januar in den Kreistag eingebracht werde. Bis dahin dürften alle Eckpunkte, die den Haushalt im Wesentlichen definieren, feststehen. Wichtig für den Landkreis sei dabei auch die Entwicklung der Bezirksumlage.

Bezirkstagspräsident Reichert führt aus, man sei seit vielen Jahren bestrebt, im Rahmen der sozialen Zuständigkeiten auch insbesondere Modelle und Entwicklungen zu fördern, die letztendlich kostengünstiger seien. Im Bereich der Psychiatrie habe man ein Dezentralisierungskonzept in verschiedenen Formen umgesetzt. Zum einen habe man die notwendige klinische Versorgung geschaffen und dafür gesorgt, dass diese Menschen hinterher Alternativen bekommen, damit sie nicht automatisch im Heim landen. In den letzten acht Jahren wurden ungefähr 600 Plätze betreutes Wohnen in der Psychiatrie geschaffen. Dies führe effektiv zu Kostenentlastungen. Nehme man heute die Fallzahlen im Sozialbereich und vergleiche die Quantität mit den qualitativen Ausgaben, dann komme man im Schnitt pro Zahl auf weniger Aufwendungen als noch vor einigen Jahren.

Hierzu gehören auch die Bereiche der beruflichen Arbeit. Man müsse versuchen, dass Menschen, die im ersten Arbeitsmarkt nicht vollständig platziert werden können, in anderen Bereichen in Teilzeit unterzubringen. Auch hier arbeite man an Alternativen. Im Moment werde versucht, gemeinsam mit den Trägern anstelle von klassischen WfB-Plätzen Alternativen zu finden, in denen Menschen mit psychischer Erkrankung mit Zusatzfinanzierungen auf dem Arbeitsmarkt untergebracht werden können. Dies geschehe sehr oft gegen den Widerstand der Träger, die gerne fertige Konzepte umsetzen möchten, da dies am einfachsten und am besten zu bewerkstelligen sei. Hier greife auch das Thema Inklusion, welches nicht nur Kinder, sondern genauso Erwachsene betreffe.

Der zweite flankierende Teil sei, dass man psychisch kranke Menschen stabilisieren und stützen wolle, indem die Tagesstätten für seelische Gesundheit weiter ausgebaut werden. In den letzten beiden Jahren habe man außer den großen Ballungsräumen die ganze Fläche Schwabens versorgt. Der Landkreis Augsburg sei an zwei Stellen unmittelbar betroffen. Zum einen sei dies die Tagesstätte für psychisch Kranke in Schwabmünchen, die bestens angenommen werde und eng vernetzt mit den Wohlfahrtsverbänden und den Kommunen zusammenarbeite. Kürzlich wurde beschlossen, auch im Norden des Landkreises, und zwar in Meitingen, eine solche Stelle mit der gleichen Aufgabenstellung zu platzieren. Auch dies sei ein Beitrag dazu, dass Menschen zuhause leben und damit in der Summe auch kostengünstiger betreut werden können. Beide Stellen würden in engster Abstimmung mit dem Caritasverband bzw. mit der Diakonie betreut. Darum herum wolle man psychiatrische Zentren entwickeln, um Hilfen aus einer Hand vielseitig und möglichst auf kurzen Wegen anzubieten. Für den Bereich Dinkelscherben/Zusmarshausen sollen aufgrund der verkehrstechnischen Verbindungen ebenfalls örtliche Lösungen geschaffen werden. Hierüber müsse man sich in den nächsten Jahren noch unterhalten.

Die Tagesstätten wurden regionalisiert. Damit einhergehend wurde versucht, das klinische Angebot zu verändern. So habe der Bezirk die Genehmigung, das Bezirkskrankenhaus auf dem Gelände des Klinikums im Jahr 2015 um 66 Betten zu erweitern und damit auch die Sprengel innerhalb der Region zu verändern. Insbesondere werde man für ganz Schwaben ein neues, spezifisches Konzept für eine altershomogene Gruppe zwischen 17 und 23 Jahren entwickeln.

Die Leistungsstärke in der Psychiatrie betrage allein in diesem Jahr 20 Mio. € aus Bezirks- und Landesmitteln in den Regionen. Der Durchschnitt der letzten vier Jahre habe bei 18 Mio. € gelegen.

In den letzten Jahren habe der Bezirk Schwaben die gesamte Eingliederungshilfe im ambulanten Bereich von den Landkreisen übernommen. In der Summe sei hier ein vielfacher Millionenbetrag über die Jahre hinweg gewachsen. Auch das Thema Inklusion treffe den Bezirk gerade im Großraum derzeit sehr stark. Insbesondere im Landkreiswesten gebe es engagierte Gruppen, die sich um das Thema Bürgerschaftliches Engagement im Hinblick auf Inklusion bemühen. Für die Schulwegbegleiter seien teilweise die Landkreise und zum Teil die Bezirke zuständig. Es wurde über die Jahre hinweg versucht, eine Lösung für Schwaben zu bekommen. Diesbezüglich werde man sich noch näher mit den Landkreisen abstimmen, um hier ähnliche Positionierungen in Bezug auf die Kostenerstattung zu bekommen. Große Entwicklungen gebe es nach wie vor in den integrativen Kindergärten.

Als dritten, ganz entscheidenden Bereich nennt Bezirkstagspräsident Reichert die Altenpflege. Hier suche man immer mehr nach Lösungen in Bezug auf örtliche und regionale Angebote. Man wisse, dass dies schwierig sei, nachdem immer mehr wirklich alte Menschen in die Pflegeheime kommen. Der durchschnittliche Aufnahmezeitpunkt liege zwischenzeitlich bei über 86 Jahren. Hier seien die Pflegestufen 2 und 3 fast schon an der Tagesordnung. Dies könne man nicht mehr ohne Weiteres überall machen. Es gebe hohe multidisziplinäre Anforderungen, wofür man manchmal auch Einheiten brauche, die etwas größer seien, als diese von einem kleinen Ort vorgehalten werden können. Trotzdem gelte es, auch hier Lösungen zu suchen, damit die Menschen länger in ihrem Umfeld bleiben können.

An dieser Stelle möchte Bezirkstagspräsident außerdem auf ein Missverständnis aufmerksam machen. So sei es in der Diskussion wieder einmal um die ambulante Hilfe zur Pflege und die Verlagerung auf die Bezirke gegangen. Dabei gehe es nicht um die Aufgaben der Altenpflege, die vor Ort den Kommunen obliege, sondern es gehe lediglich um derzeit 270 Bürger im Landkreis, die ergänzende Hilfen bekommen, weil sie noch zuhause leben.

Die Kultur bewege im Landkreis Augsburg in zwei Punkten. Gemeinsam mit dem Landkreis habe man einen Ausschuss, in dem miteinander überlegt werde, was in Oberschönenfeld gut bzw. besser laufen könne. Auch das neue Konzept zum Umbau und zur Weiterentwicklung wurde miteinander verabschiedet. Im Januar werde der Bezirk mit dem Bau beginnen, der Ende des Jahres 2012 fertig sein soll. Man werde dann über ein neues, abgerundetes Programm verfügen, das sich sehen lassen könne. Dieses Programm sei außerdem mit den Fachleuten für nichtstaatliche Museen und diversen anderen Spezialisten abgestimmt und sei einstimmig vom Bezirkstag und vom zuständigen Ausschuss getragen. Dies sei somit ein Gesamtunternehmen, das in der Vergangenheit breite Zustimmung gefunden habe und sicherlich auch bei den Besuchern in Zukunft finden werde. Oberschönenfeld selbst habe ein besonderes Jahr mit dem Jubiläum der Zisterzienserinnen hinter sich. Gerade die Altenpädagogik, die man dort aufgebaut habe, könne sich sehen lassen. Die derzeitige Ausstellung sei so angelegt, dass sie Animationscharakter für die Generationen schaffe, miteinander über Bräuche und Lebensgewohnheiten in Kontakt zu kommen.

In Thierhaupten sei die Schule für Dorf- und Landentwicklung angesiedelt, die vom Bezirk sehr stark finanziert werde. Die Schule mache eine exzellente Arbeit. Viele Dörfer und Gemeinden befänden sich in einer Neuorientierungsphase, wobei sie von der Schule unter der Leitung von Frau Augustin exzellent begleitet werden. Dies könne sich über Bayern hinaus sehen lassen. Hier leiste man Hand in Hand mit dem Landkreis Augsburg eine hervorragende Arbeit. Ergänzend dazu sei es ein toller Erfolg, dass nun das Landesarchiv ganz in Thierhaupten angesiedelt werden könne. Ein drittes Standbein sei die Handwerkerakademie. Hier habe man einen großen Durchbruch geschafft. In harten Verhandlungen mit dem Staat und dem Landesarchiv habe durchgesetzt werden können, dass man eine landesweite Fort-

bildung für sämtliche Berufe in der Denkmalpflege bekommen werde. Ein eigener Geschäftsführer werde zunächst einmal für drei Jahre aus Mitteln des Landes finanziert.

Bezirkstagspräsident Reichert kommt anschließend auf die finanziellen Entwicklungen zu sprechen. Im Bereich der Hilfe zur Pflege werde man nach wie vor bis zum Jahr 2025 eine durchschnittliche Fallzahlensteigerung von ca. 2,4 % haben. Für Schwaben mache dies umgerechnet 2 Mio. € aus. Diese Zahl hänge aber nicht nur allein von den älteren Menschen ab, die pflegebedürftig werden, sondern auch von der Frage der Leistungsfähigkeit dieser Menschen. Was der Bezirk Schwaben als überörtliche Sozialhilfe leiste, sei die Differenz zwischen dem, was der Mensch nicht mehr selbst aufbringen könne und dem, was ein Tagesplatz im Heim koste. Umso mehr Renten man mit Null habe, desto höher werde die Beteiligung des Staates über die Kommunen an der überörtlichen Sozialhilfe werden. Deshalb seien auch gute Verdienste in unteren Einkommen ein wichtiges Thema. Ab 2025 werden diese Fallzahlen in den folgenden Jahren etwas zurückgehen.

Enorme Entwicklungen gebe es in der Eingliederungshilfe mit einer Fallzahlensteigerung von 3,5 %. Eine Einregulierung dieser Zahlen sei in den Jahren 2016 – 2018 zu erwarten. Auf der einen Seite werden dann die Menschen, die nach dem Krieg 1945 überleben durften, in ein Alter kommen, in dem sie versterben. Inzwischen hätten Menschen mit Behinderung eine normale Lebenserwartung. Zum anderen komme es im Moment zu einer relativen Zunahme von behinderten Kindern bei Geburten aufgrund der hohen medizinischen Leistungen und Errungenschaften. Insbesondere die Zahlen der Kinder aus schwierigen Familienverhältnissen nehmen zu, die hauptsächlich Schädigungen in psychosomatischer Form mit sich tragen. Die Frühförderung sei ein steigendes Thema, das der Bezirk von den Landkreisen und Städten übernommen habe.

In diesem Zusammenhang gebe es neben den quantitativen Zahlen auch qualitative Entwicklungen. Auch die Menschen, die in den Heimen und Sozialeinrichtungen arbeiten, verdienen mehr. Der Bezirk orientiere sich ausschließlich an den Tarifen des TVöD. Gleichzeitig wisse man, dass man gerade in den Sozialberufen immer mehr Probleme habe, die Fachkräfte herzubekommen. Auch hier gelte es, entsprechend adäquate Entlohnungen zu haben, was nicht heiße, dass der Bezirk mehr bezahle als andere dies in den Kommunen tun. Die Steigerung im TVöD habe im letzten Jahr 2,5 % betragen. Der Sondertarif im Bereich Sozialarbeiter und Erzieher habe indirekt nochmals einige Prozent beschert, die in der Statistik nicht auftauchen, aber von jeder Kommune im Kindergarten bis hinauf zu allen Sozialeinrichtungen real gezahlt werden. Dies werde von vielen als Ergebnis beschlossen. Die Auswirkungen hinterher werden oftmals nicht gesehen. Sicherlich sollten Leute, die soziale Arbeit machen, auch gut verdienen. Nur sollte dies transparent gemacht und so zum Ausdruck gebracht werden.

Im Rahmen der Kriegsofferfürsorge habe der Bezirk Schwaben 1,3 Mio. € mehr zu zahlen als vergangenes Jahr. Der Bezirk zahle für alle aktuellen Kriege und deren Folgen somit sehr viel Geld. Bezirkstagspräsident informiert über seinen Vorschlag, auch hier bei der Bundesregierung vorstellig zu werden, da ein bundesweitlich beschlossener Krieg auch dort in seinen Konsequenzen zu verantworten sei, wo er mit veranlasst wurde. Es sollten ähnliche Lösungen wie bei den Kontingentflüchtlingen gesucht werden, da dies eigentlich Bundesangelegenheit sei.

Auf der einen Seite gebe es eine Entlastung der Grundsicherung, wofür alle dankbar seien. Man habe das Gesetz tatsächlich auch durch den Bundesrat bekommen. Für den Bezirk bedeute dies eine Entlastung von 6 Mio. €. Trotzdem habe der Bezirk allein für 2012 mit einem Zuwachs von 2,5 Mio. € zu rechnen. Die Nettoentlastung liege somit nur bei 3,5 Mio. €.

Der Bezirk Schwaben habe im vergangenen Jahr die Bezirksumlage vorsorglich mit 29 Mio. € gestützt. Dieser Betrag stehe 2012 nun nicht mehr zur Verfügung, obwohl die Basis der

Ausgaben die gleiche sei. Man habe dennoch entschieden, bis auf die Mindestrücklage alle anderen Mittel (ca. 10 Mio. €) einzuspeisen, um die Bezirksumlage noch einmal im Sinne der Kommunen zu stützen. Man wolle keine großen Sprünge in der Bezirksumlage, sondern dies möglichst kontinuierlich in einem gewissen Spektrum weiterentwickeln können. Dies sei die beste Politik, die man machen könne, um letztens Ausgeglichenheit herzustellen.

Schließlich kommt Bezirkstagspräsident Reichert auf die Einnahmensituation zu sprechen. Die Steuerkraft sei eine allentscheidende Frage. In den letzten zwei Jahren sei diese so tief wie noch nie gewesen. Man habe gewusst, dass die Jahre 2011 und 2012 schwierig werden. Deshalb habe man hierfür auch schon Sorge getragen. Wenn Schwaben im Jahr 2012 eine Steuerkraftstärkung von knapp 6 Mio. € bekomme, dann resultiere dies aus einer zwar erfreulichen Steigerung, beruhe letztendlich aber auf einer ganz geringen Basis. Dies sei wenig, wenn man wisse, dass man 25 Mio. € netto auszugleichen habe. Im Jahr 2013 werde dies wieder anders aussehen.

Eine dritte außerordentliche Entlastung werde durch den von den Bezirken Schwaben und Oberbayern erstrittenen Ausgleich für BAföG-Förderung für Menschen mit Behinderung herbeigeführt. Dies sei ähnlich wie bei der Grundsicherung zu sehen. In Zukunft werde der Bezirk hier laufend um 1 Mio. € entlastet. Jetzt bereits wisse der Bezirk, dass ihm aufgrund der dargelegten Gründe im nächsten Jahr aber 13 Mio. € fehlen werden, auch wenn man noch so gut arbeite.

Ein wichtiger Punkt sei dann der Blick nach München. Der Bezirk Schwaben habe den Staat immer wieder – auch im Rahmen des Finanzausgleichs – stark in die Verantwortung genommen, seiner Aufgabe der Mitfinanzierung der Sozialaufgaben der Kommunen Rechnung zu tragen. Der Finanzausgleich sehe für die Kommunen im Jahr 2012 sehr positiv aus. Es habe enorme Geldzuwächse gegeben, die in der Summe tatsächlich entlasten. Die Kommunen würden durch eine außerordentliche Herausnahme von Geldern mit 70 Mio. € besonders entlastet. Die Landkreise seien etwas schlechter weg gekommen. Die Bezirke hätten in etwa die Hälfte von dem bekommen, was sie gewollt hätten. Man hätte mindestens 80 Mio. € gebraucht und 40 Mio. € bekommen. Von den 40 Mio. € betrage der Anteil des Bezirks Schwaben im kommenden Jahr 7,9 Mio. €. Eigentlich hatte der Bezirk mit 16 Mio. € gerechnet.

Für Schwaben gebe es zudem Abweichungen. Zum einen mache der mit 40 Mio. € enthaltene BAföG-Ausgleich für Schwaben 3 Mio. € aus. Zum zweiten habe der FAG-Ausgleich sehr unterschiedliche Auswirkungen aufgrund interner Verteilungskriterien. Zu diesen Sonderproblemen gehöre auch die im letzten Jahr entnommene Sonderrücklage.

Abschließend verweist Bezirkstagspräsident Reichert auf einen Bericht des Innenministeriums als Fachaufsichtsbehörde des Bezirks. Die Pro-Kopf-Belastung in Schwaben liege knapp unter dem Durchschnitt in Bayern. Dies sei ein sehr gutes Ergebnis. Deswegen seien Punkte auch immer relativ. Entscheidend sei die Frage, was man wirklich bezahlen müsse. Seit vier Jahren gebe einen Benchmark zwischen den bayerischen Bezirken. Auch diese Untersuchungen besagen, dass der Bezirk Schwaben im Bereich der Hilfe zur Pflege genau im Durchschnitt und bei der Eingliederungshilfe sogar besser als viele Bezirke liege. Im Vergleich zu allen anderen Bezirken habe der Bezirk Schwaben eine sehr gute Situation. Man müsse alle Varianten und Koordinaten ehrlich miteinander diskutieren. Dann könne man auch ehrlich darüber reden und darüber urteilen. Der Bezirk mache seine Hausaufgaben sparsam. Der Bundesgesetzgeber habe aber auch Vorgaben gemacht, die den Bezirk enorm belasten und beschäftigen, weshalb man wöchentlich in bis zu zwölf gerichtliche Auseinandersetzungen jeglicher Form gehe, um Dinge auch einmal abzuwehren. Der Bezirk habe aber auch die Aufgabe, dass der Bürger bekomme, was er brauche. So brauche man menschenwürdige Altenheime und adäquate Hilfen für die Behinderten. Dies müsse nachhaltig betrachtet werden.

Landrat Sailer dankt Bezirkstagspräsident Reichert für diesen Bericht sowie den anwesenden Kollegen für die im Bezirkstag geleistete Arbeit und die jüngst angestoßenen Projekte, insbesondere auch für die Zusammenarbeit beim Kloster Oberschönenfeld.

Kreisrat Hannemann erklärt, es sei erschreckend, dass die Ausgaben für Kriegsoffer sogar noch steigen. Es sei ein Unding, solche Ausgaben immer nach unten zu delegieren. Den wesentlichen Punkt, nämlich die Frage, wie sich die Bezirksumlage für den Landkreis verändern wird, habe er den Ausführungen nicht entnehmen können, so Kreisrat Hannemann.

Landrat Sailer verweist darauf, dass eine Erhöhung der Bezirksumlage um 1,5 % geplant sei.

TOP 2 Arbeitsbericht der Regio Wirtschaft GmbH Referent: Andreas Thiel, Geschäftsführer Vorlage: 11/0231
--

Sachverhalt:

Die Regio Wirtschaft GmbH basiert auf der Kooperation der A³-Gebietskörperschaften Stadt Augsburg, Landkreis Augsburg und Landkreis Aichach-Friedberg. Diese bilden mit ihren Spitzen die Gesellschafterversammlung der GmbH. Der Aufsichtsrat rekrutiert sich aus den Kreistagen und dem Stadtrat sowie dem Förderverein der Gesellschaft.

Die Aufgaben der Region Wirtschaft GmbH unterteilen sich in die Geschäftsfelder Regionalmarketing (Marketinginstrumente, operatives Marketing, PR) und Regionalmanagement. Das Regionalmanagement umfasst mehrere Handlungsfelder wie beispielsweise Technologietransfer, Fachkräfte, regionaler Klimaschutz, Netzwerkbildung, Forst und Holz oder Logistik.

Der Geschäftsführer Herr Andreas Thiel wird im Rahmen einer Präsentation einen Arbeitsbericht mit Ausblick geben.

Zum Arbeitsbericht von **Herrn Thiel** wird auf die dieser Niederschrift beigefügte Präsentation verwiesen.

Kreisrat Liebert stellt fest, Herr Thiel habe heute vorgestellt, was vor zwei Jahren aus der Taufe gehoben wurde. Damals habe er die Frage nach der Herkunft der Mittel gestellt. Der Etat von 1,4 Mio. € werde etwa hälftig durch Fördermittel und hälftig durch die Gesellschafter und Drittmittel gesponsert. Kreisrat Liebert möchte wissen, wie lange die Fördermittel noch laufen und wer nach deren Auslaufen einspringen soll.

Die Palette der Aktivitäten sei breit. Bei Gründung von A³ und der Regio Augsburg Wirtschaft GmbH sei keine Woche vergangen, in der man nicht mindestens zwei Einladungen zu Veranstaltungen bekommen habe. Dies habe sich inzwischen etwas beruhigt.

Ferner möchte Kreisrat Liebert einige zukunftsweisende Maßnahmen herausgreifen. Dies sei zum einen die Veranstaltung im Forum von SGL in Meitingen zum Thema Energie gewesen. Es sollte ein größtmögliches Augenmerk darauf gelegt werden, dass diese Sache weiterbetrieben werde. Genauso wichtig sei die Fachkräftesicherung. Aufgrund der Demographie laufe man auf eine Entwicklung zu, in der die Fachkräfte irgendwann Mangelware sein werden. Hinzu komme die Frage der Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie, die von Herrn Thiel angesprochen wurde.

Der Kreisausschuss befasse sich heute mit der Komplettierung des Führungspersonals für die Regionale Energieagentur. Auch dies sei ein Thema, das die Zukunft erfordere und eigentlich die Antwort auf die Frage der Energiewende schlechthin. Kreisrat Liebert verweist

auf die Ausführungen von Herrn Köhler in der Kreistagssitzung zur Bedeutung der Energie im Produktionssektor eines aufstrebenden Unternehmens.

Herr Thiel teilt mit, die Regio Augsburg Wirtschaft GmbH sei nicht nur erfolgreich bei der Akquise gewesen, sondern sei dies immer noch. Im Jahr 2008 sei man mit dem Technologietransferprojekt gestartet, das eigentlich im Sommer 2011 ausgelaufen wäre. Das Projekt konnte um 1 ½ Jahre verlängert werden. Herr Thiel merkt an, die abgelieferte Qualität der Arbeit habe den Fördergeber überzeugt, die Förderung zu verlängern und mit den Fördernehmern weiter zusammenzuarbeiten. Man könne darauf bauen, dass nach Ablauf der jetzt genehmigten 4 ½ Jahre ein Anschlussprojekt kommen werde.

Das Regionalmanagement sei 2009 mit einer Förderzusage auf 3 Jahre gestartet. Auch hier befinde man sich seit Herbst dieses Jahres im Gespräch und habe das Signal bekommen, dass die Förderung des Freistaates noch in zwei weiteren Tranchen (insgesamt 3 Jahre) verlängert werde. Dies impliziere auch die Förderung für den Augsburg Innovationspark, die ebenfalls bis zum Ende des Gesamtprojektes verlängert werden soll. Im Frühjahr werde hierzu formell die Antragstellung erfolgen.

Jenseits der laufenden Projekte und der Frage, wie diese verlängert werden, sehe sich die Regio Augsburg Wirtschaft GmbH nach passenden weiteren Förderszenarien um. Eines davon sei das Admire-Projekt. Man werde noch im Dezember den Förderbescheid für 2012 – 2014 bekommen. Das Projekt sei auf Fachkräftesicherung, Innovationsförderung und Ressourceneffizienz fokussiert, so dass man mit verstärktem Personal an diesen Bereich herangehen könne. Es werde somit versucht, sowohl über die Verlängerung von Förderungen wie aber auch über ergänzende Projekte den Bestand an Fördermitteln in etwa konstant zu halten. Mit dem jetzigen Szenario bestünde eine Sicherheit bis ins Jahr 2015 für das Regionalmanagement.

Kreisrat Neher knüpft an die Aussage von Herrn Thiel zur regionalen Klimaschutzentwicklung an. Hierzu habe es Ende September eine sehr gute Veranstaltung bei der Handwerkskammer Schwaben gegeben. Bei der ersten Konferenz wurden die Grundlagen ermittelt. Dies münde nun in zukunftsweisende Modellprojekte für die Region. Kreisrat Neher betont, die Ergebnisse gehören jetzt in die Kommunen etc. weitertransportiert. Das Problem sei, dass man von oben her hehre Ziele habe. Gleichzeitig werde immer erklärt, es sei entscheidend, was die Kommunen in der Umsetzung machen. Dazu brauche man Partner. Die Regierung von Schwaben wolle Anfang Januar auch eine Konferenz abhalten. Um in den Themenfeldern weiterzukommen, gehöre dies alles gebündelt. Insbesondere in der Praxis sei noch viel Arbeit fällig, wie die kürzlich stattgefundene Sitzung des Regionalen Planungsverbandes zum Thema Windenergie gezeigt habe. Die Kommunen wollen etwas umsetzen, benötigen dazu aber Hilfe.

Herr Thiel informiert darüber, dass die Ergebnisse aus der Klimakonferenz am 10.01.2012 den Landräten und dem Oberbürgermeister vorgestellt werden sollen. Danach werde man in die Gremien gehen. Auch hierfür gebe es ein aufgesatteltes Förderprogramm, mit dem Klimaschutzmanager gefördert werden können.

Von **Herrn Gerhardt** wird darauf hingewiesen, dass dieses Thema in der letzten Bürgermeisterdienstbesprechung behandelt wurde und sich die von Kreisrat Neher angesprochenen Themen somit bereits in der Umsetzung befinden.

Anschließend spricht **Kreisrat Hannemann** die gleichzeitig vom Landratsamt und von der IHK durchgeführten Unternehmensbesuche an und wirft die Frage auf, ob diese Besuche eventuell koordiniert werden könnten. Das bisherige Vorgehen sei nicht besonders effizient. Man habe die Gesellschaft damals auch deshalb gegründet, um Synergieeffekte zu schaffen und Parallelstrukturen abzuschaffen. Es sei erfreulich, wenn nun noch Förderungen im Be-

reich Energie kommen. Auch hier müsse eine enge Abstimmung mit den bereits aufgebauten Institutionen auf Ebene der Stadt Augsburg und der Landkreise erfolgen.

Kreisrätin Jung erklärt zum regionalen Klimaschutz, es sei richtig und wichtig, dass alle Beteiligten diesbezüglich zusammenarbeiten müssen, wenn man den Klimawandel innerhalb einer bestimmten Zeit erreichen möchte. Es sei dabei nicht sehr hilfreich, dass sich die Unternehmen nur über die hohen Energiepreise beklagen, während diese im Endeffekt von den erneuerbaren Energien profitieren, hierfür aber nichts bezahlen wollen.

Die Firmen würden sich immer über Fachkräftemangel beklagen. Die Politik gebe hierfür Studien in Auftrag. Kreisrätin Jung vertritt die Auffassung, dass die Firmen ein Stück weit in eigener Verantwortung für eine entsprechende Ausbildung von Fachkräften sorgen sollten. Man könne nicht immer alles verlagern und sagen, dass die Politik dies richten soll, während man selbst nichts dazu beitrage. Kreisrätin Jung möchte wissen, ob beobachtet werden konnte, dass inzwischen mehr Interesse an einer eigenen Ausbildung von Fachkräften in den Unternehmen besteht.

Im Zusammenhang mit den Angeboten für Firmenbesuche regt Kreisrätin Jung an, eine Liste zusammenzustellen, aus der hervorgeht, ob von diesen Firmen auch jemand bereit wäre, die Botschafter des Landkreises bzw. deren Besuchergruppen zu empfangen.

Herr Thiel teilt mit, dass speziell zum Thema Technologietransfer 31 Betriebsbesuche stattgefunden hätten. Diese würden sich in der Regel aufgrund bereits vorhandener, gezielter Kontakte ergeben. Zur Abstimmung der Klimaschutzaktivitäten auf regionaler Ebene erklärt Herr Thiel, dies sei letztlich im System eingebaut und werde künftig im Regio Augsburg Energie e. V. abgebildet. Die drei Gebietskörperschaften werden dann dafür sorgen, dass die Abstimmung funktioniere.

Der Vortrag von Herrn Köhler anlässlich der Kreistagssitzung sei sicherlich eindimensional in Bezug auf den Energiepreis gewesen. Die Diskussion gehe auch dahin, wie viele Chancen sich die Wirtschaft dadurch verschaffe, dass man diese Energiewende hinbekomme. Die Frage für das nächste Jahrzehnt werde sein, wie sich die Wirtschaft im Spannungsverhältnis der Herausforderungen der Energiewende auf der einen Seite und den neuen Märkten durch die daraus resultierenden Produkte auf der anderen Seite bewegen werde.

Der Fachkräftemangel könne nicht am Thema Ausbildung festgemacht werden. Hier seien die Kammern gefordert. Die Regio Augsburg Wirtschaft GmbH selbst sei dabei, ein Fachkräftemarketing aufzubauen. Hierbei handle es sich um ein sehr umfangreiches Projekt, das man über mehrere Jahre plane und in das eine nicht gerade kleine, sechsstellige Summe fließen werde. Die Regio Augsburg Wirtschaft GmbH könne den Anschlag finanzieren. Die operativen Maßnahmen (Messeauftritte, Fachkräftekampagne an interessanten Standorten etc.) müssten hingegen zu 100 % von den Unternehmen finanziert werden. Derzeit sei man dabei, „das Produkt zu verkaufen“. Herr Thiel erklärt, es gebe andere Themen, die er sehr viel schwieriger an Unternehmen vermitteln könne als das Fachkräftethema.

Landrat Sailer bedankt sich bei Herrn Thiel für die umfangreichen Informationen und ruft den nächsten Tagesordnungspunkt auf.

**TOP 3 Tourismusprojekt LandArt;
 Finanzielle Förderung durch den Landkreis Augsburg
 Vorlage: 11/0292**

Anlage

Sachverhalt:

Die Gemeinde Bonstetten plant eine Erweiterung des Geologischen Lehrpfades durch das Projekt „LandArt“. Im Jahr 2007 hat die Gemeinde Bonstetten zusammen mit der Bürgerstiftung Augsburg Land, dem Erholungsgebieteverein, dem Naturparkverein und mit Unterstützung des Landkreises Augsburg einen geologischen Lehr- und Landschaftspfad angelegt. Auf der Homepage des EVA wird dieser auch näher erläutert.

Der bestehende Rundwanderweg in Bonstetten soll nun um einzelne Stationen zum Thema „Holz“ ergänzt und erweitert werden. Die Ausstattung des Rundweges mit vergänglichen Kunstwerken aus Holz soll die Sensibilität für die Natur stärken und ein zusätzlicher Anreiz sein, diesen als Wanderweg bzw. Naturlehrpfad zu begehen.

Die Finanzierung des Projektes erfolgt wie bereits bei der Erstellung des Geologischen Lehrpfades durch verschiedene Projektpartner. In der ursprünglichen Planung des Projektes war auch der Naturparkverein als Finanzmittelgeber vorgesehen. Auf Grund der Förderrichtlinien des EVA belaufen sich die förderfähigen Kosten auf 17.800 €. Hiervon übernimmt der Erholungsgebieteverein mit einer Förderquote von 30 % insgesamt 5.340 €. Da bei der Kostenkalkulation vom Höchstfördersatz in Höhe von 40 % ausgegangen wurde, entstand eine Finanzierungslücke für das Projekt in Höhe von 1.780 €. Zur Umsetzung dieses Projektes wird empfohlen, dass der Landkreis Augsburg diese fehlenden Finanzmittel zur Verfügung stellt. Die aufgeführten weiteren Projektpartner haben ihre Finanzmittel zugesichert.

Gesamtkosten:	42.800 €
Gemeinde Bonstetten	7.800 €
Zuschuss ReAL West (Förderung Leader)	20.000 €
Regio Augsburg Tourismus GmbH	5.000 €
Erholungsgebieteverein	5.340 €
Eigenmittel ReAL West e.V.	2.880 €
Landkreis Augsburg	1.780 €

Finanzielle Auswirkungen: <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr: <input type="checkbox"/> im Verw.HH: <input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt. HhSt. <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> € € </div>	
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten): <div style="text-align: right;">1.780 €</div>	Jährliche Folgekosten/ Folgekosten: <input checked="" type="checkbox"/> keine <div style="text-align: right;">€</div>	Gesamtfinanzierung Eigenanteil: <div style="text-align: right;">€</div>	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.): <div style="text-align: right;">€</div>

Bemerkungen:

Frau Glück stellt dem Kreisausschuss das Tourismusprojekt LandArt anhand der beiliegenden Präsentation vor.

Kreisrätin Jung erklärt, dass die noch vorhandene Lücke geschlossen werden muss, weshalb sie dem Vorschlag zustimmen könnte. Es sei besser, in solche Projekte zu investieren als in Parkplätze und in Flächenversiegelung.

Kreisrat Buhl verweist auf die bereits vorhandenen Beteiligungen und Finanzierungen seitens des Landkreises. Wenn dieses Vorgehen Schule mache und auch andere Gemeinden auf den Landkreis zukommen, dann sei man besser beraten, bereits heute die Reißleine zu ziehen. Hinzu komme die Mitfinanzierung der Regio und des EVA, an denen der Landkreis ebenfalls beteiligt sei. Originär sei dies keine Kreis Aufgabe. Kreisrat Buhl betont, er sei daher sehr skeptisch und wolle sich eigentlich gegen die Mitfinanzierung aussprechen.

Landrat Sailer gibt zu verstehen, dass es sich hierbei um ein klassisches Projekt von ReAL West handelt. Man werde Zuschussmittel nur dann in die Region holen, wenn der Landkreis auch einen Eigenanteil aufbringe. Man habe auch über andere Projekte bereits durchaus kontrovers diskutiert, wie beispielsweise über den Aussichtsturm in Bonstetten. Der Kreisausschuss habe sich dann jedoch darauf verständigt, keinen Generalzuschuss an ReAL West zu geben, sondern einzelne Projekte zu bezuschussen.

Kreisrat Aumann kommt auf die Aussage von Kreisrat Buhl zu sprechen, wonach man gleich die Reißleine ziehen sollte. Hierüber könne man grundsätzlich nachdenken. In diesem Fall würden dann aber wohl auch andere die Reißleine ziehen, die involviert seien. Auch die im Verein ReAL West beteiligten 25 Gemeinden würden noch etwas dazu geben, weil man vor Ort keine weiteren Zuschussgeber gefunden habe. Es handle sich mit 42.800 € um ein verhältnismäßig überschaubares Projekt. Über 50 % der Kosten würden hierfür über ReAL West fließen. Es werde versucht, über diese Fördermittel auch Gelder zu akquirieren, die nicht unmittelbar aus den eigenen Taschen kommen. Deshalb sollte man jetzt Flagge zeigen und nicht bei jeder Gelegenheit wieder mit der Grundsatzdiskussion beginnen.

Kreisrat Lettinger meint, es sei grundsätzlich in Ordnung, wenn man solche Gelder in die Region bringen und etwas für die Attraktivität der Region tun könne. Die Gemeinde Bonstetten komme mit ihren 18 % dabei eigentlich sehr günstig weg. Andere Beteiligungen würden oft bei 25 – 30 % liegen. Der Landkreis sollte aber bei diesem Projekt dabei sein.

Auch **Kreisrat Liebert** spricht sich im Namen seiner Fraktion für die Bereitstellung des Betrages in Höhe von 1.780 € aus.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die Bezuschussung des Projektes „Land Art“ bis zu einer Fördersumme in Höhe von 1.780 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	1

**TOP 4 Regionale Energieagentur;
Benennung des weiteren Vorstandsmitglieds für den Landkreis Augsburg
Vorlage: 11/0306**

Sachverhalt:

In der Kreistagssitzung vom 18. Juli 2011 wurde der Gründung einer regionalen Energieagentur mit überwiegend kommunaler Mehrheit zugestimmt. Diese kommunale Mehrheit der drei Gebietskörperschaften Landkreis Augsburg, Landkreis Aichach-Friedberg und Stadt Augsburg ermöglicht jeder der Gebietskörperschaften zwei Sitze in der Vorstandschaft. Somit werden sechs von zehn Vorständen durch die beiden Landkreise und die Stadt gestellt. Zusätzlich wurde in der Satzung verankert, dass jeweils die beiden Landräte sowie der Oberbürgermeister der Stadt Augsburg als geborenes Vorstandsmitglied ein Teil der Vorstandschaft sein werden.

Am 28. Oktober 2011 fand die Gründungsversammlung mit 17 Gründungsmitgliedern im Rathaus der Stadt Augsburg statt. Im Rahmen der Gründungsversammlung wurde jeweils ein Vertreter der Handwerkskammer für Schwaben, der Lechwerke AG, der Stadtwerke Augsburg GmbH und der erdgas schwaben GmbH in den Vorstand gewählt. Den zweiten Vorstandsposten der Stadt Augsburg nimmt Umweltreferent Rainer Schaal ein. Der Landkreis Aichach-Friedberg hat sein zweites Vorstandsmitglied noch nicht benannt.

Für den Landkreis Augsburg wurden von den Fraktionen bisher die Kreistagsmitglieder Franz Neher, Robert Steppich und Joachim Schoner als Kandidaten gemeldet.

Um die Arbeitsfähigkeit des Vorstands sicherzustellen und da die erste Vorstandssitzung für den 10. Januar 2012 terminiert ist, ist es notwendig das zweite Vorstandsmitglied des Landkreises Augsburg zu bestimmen.

<p>Finanzielle Auswirkungen:</p> <p><input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein</p>		<p>Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;"><input type="checkbox"/> im Verw.HH:</td> <td style="width: 50%; border: none;"><input type="checkbox"/> im Verm.HH:</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">HhSt.</td> <td style="border: none;">HhSt.</td> </tr> <tr> <td style="border: none; text-align: right;">€</td> <td style="border: none; text-align: right;">€</td> </tr> </table>		<input type="checkbox"/> im Verw.HH:	<input type="checkbox"/> im Verm.HH:	HhSt.	HhSt.	€	€
<input type="checkbox"/> im Verw.HH:	<input type="checkbox"/> im Verm.HH:								
HhSt.	HhSt.								
€	€								
<p>Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):</p> <p style="text-align: right;">€</p>	<p>Jährliche Folgekosten/ Folgelasten:</p> <p style="text-align: right;"><input type="checkbox"/> keine</p> <p style="text-align: right;">€</p>	<p>Gesamtfinanzierung</p> <p>Eigenanteil:</p> <p style="text-align: right;">€</p>	<p>Gesamtfinanzierung</p> <p>Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):</p> <p style="text-align: right;">€</p>						

Bemerkungen:

Landrat Sailer informiert darüber, dass sich die Fraktionen im Vorfeld darauf verständigt hätten, den Kollegen Franz Neher als weiteres Vorstandsmitglied zu benennen. Für den Fall, dass er selbst verhindert sei, werde Stv. Landrat Häusler einspringen. Als Vertreter von Kreisrat Neher werde Kreisrat Schoner vorgeschlagen.

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt, Herrn Kreisrat Neher als zweites Vorstandsmitglied für den Landkreis Augsburg in das Gremium des Vereinsvorstands des Regio Augsburg Energie e.V. zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0

TOP 5	Herbert-Dischinger-Innovationspreis; Richtlinien Vorlage: 11/0301
--------------	--

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

TOP 6	Neubau des Gymnasiums Diedorf im Rahmen eines ÖPP-Modells Vorlage: 11/0305
--------------	---

Sachverhalt:

In der gemeinsamen Sitzung des Bau- und Umweltausschusses und des Kreisausschusses am Mittwoch, den 05.10.2011, wurde mit Vorlage Nr. 11/0232 die vorläufige Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zum Neubau des Gymnasiums Diedorf im Rahmen eines ÖPP-Modells durch die VBD Beratungsgesellschaft für Behörden mbH vorgestellt. Auf die genannte Vorlage und die dabei ausgehändigten Unterlagen wird Bezug genommen.

Die Ergebnisse der Analysen und Prognoseberechnungen wurden in der Untersuchung wie folgt zusammengefasst und in der Sitzung erläutert:

„Zusammenfassung

...

- Insgesamt kann eingeschätzt werden, dass der Neubau des Gymnasiums im Rahmen eines ÖPP-Modells für den Landkreis Augsburg Vorteile gegenüber einer konventionellen Realisierung erwarten lässt.
- Durch die ÖPP-Realisierung sind Wirtschaftlichkeitsvorteile bei einer 25jährigen Laufzeit von ca. 8 % zu erwarten. Wenn bei einer ÖPP-Realisierung die Endfinanzierung durch den Landkreis Augsburg gestellt werden würde, dann erhöht sich der Barwertvorteil gegenüber einer rein konventionellen Realisierungsform um ca. 1% auf 9%.

- Die Vorteile resultieren aus folgenden Faktoren:
 - einer ganzheitlichen Planung, bei der durch die Anbieter unter Beachtung der Standards und anderer Vorgaben aus den Vergabeunterlagen der Neubau unter wirtschaftlichen und funktionellen Gesichtspunkten optimiert wird,
 - den günstigen Investitions- und Betriebskosten,
 - den kürzeren Bauzeiten,
 - der Risikoverlagerung auf den privaten Partner.
- Als Vertragsmodell wird das ÖPP-Inhabermodell vorgeschlagen. Bei dem ÖPP-Inhabermodell finden keine Eigentumsübertragungen von Grundstücken und Gebäuden statt. In einem Bauerrichtungs- und Finanzierungsvertrag wird schuldrechtlich geregelt, dass der private Auftragnehmer die für die Bauvorhaben notwendigen Grundstücke betreten und alle Maßnahmen für die Durchführung der Baumaßnahmen als Bauherr auf Zeit tätigen kann. Während der gesamten Vertragslaufzeit hat der Landkreis Augsburg die volle Verfügungsgewalt über das Gebäude des Gymnasiums. KfW-Mittel können bei diesem Modell grundsätzlich genutzt werden.
- Die Bauzwischenfinanzierung sollte im vollständigen Risiko und Obligo des Auftragnehmers erfolgen. Erst nach Abschluss der Baumaßnahmen erstattet der Landkreis Augsburg dem Auftragnehmer dessen Aufwendungen für die Baukosten über den Zeitraum der Endfinanzierung in Form der vereinbarten Raten.
- Die Endfinanzierung erfolgt entweder durch den Verkauf der Forderungen aus dem Bauerrichtungs- und Finanzierungsvertrag durch den Auftragnehmer an die finanzierenden Banken. Bei dieser Realisierungsform wird empfohlen, diese Forderungen nach Abnahme der Bauleistungen einredefrei zu stellen. Die Finanzierung kann aber auch durch den Landkreis selbst gestellt werden. Dann erfolgt die Vergütung der Bauleistungen (Gesamtinvestitionskosten) durch den Landkreis nach Abnahme des Bauwerks.
- Die Jahresbelastung (Finanzierungsleistung) würde bei dem derzeitigen Kapitalmarktniveau und einer Laufzeit von 25 Jahren bei einer ÖPP-Realisierung mit Objektgesellschaft anfänglich ca. 1.2 Mio. € betragen.
Es wird empfohlen Planung, Bau, Finanzierung des Gebäudes des Gymnasiums und ausgewählte Leistungen des Gebäudemanagements (technisches GM, Reinigung, Hausmeisterdienste und das kaufmännische GM) als ÖPP-Projekt europaweit auf der Grundlage einer funktionalen Bauleistungs- und Betriebsbeschreibung auszuschreiben und die Leistungen in einem Verhandlungsverfahren nach europaweitem Teilnahmewettbewerb auf der Grundlage der VOB/A, § 3a Nr. 5 c zu vergeben.
- ...“

Es wurde vereinbart, die Angelegenheit für die Tagesordnungen der nächsten Sitzungen des Bau- und Umweltausschusses sowie des Kreisausschusses vorzusehen, um nach internen Beratungen in den jeweiligen Kreistagsfraktionen eine baldige Entscheidung für oder gegen den Neubau des Gymnasiums Diedorf im Rahmen eines ÖPP-Modells zu erlangen. Nachdem jedoch noch nicht alle Fraktionen die Angelegenheit beraten konnten, wurde der Tagesordnungspunkt von der Sitzung des Kreisausschusses am 24.10.2011 wieder abgesetzt. Der Bau-, Umwelt- und Energieausschuss wird sich mit der Angelegenheit nochmals am 24.11.2011 auseinandergesetzt und einen Empfehlungsbeschluss an den Kreisausschuss fassen.

Landrat Sailer stellt fest, dass die Rückmeldungen aus den Fraktionen eindeutig gewesen seien, weshalb vorgeschlagen werde, das Gymnasium Diedorf wie bisher konventionell realisiert und Abstand von einer Finanzierung im Rahmen eines ÖPP-Modells genommen werden soll.

Kreisrat Liebert merkt dazu an, man wolle dies nicht so wie in der Vergangenheit machen, aber trotzdem Abstand vom ÖPP-Modell nehmen. Die CSU wolle speziell für diese Maßnahme einen Projektsteuerer haben. Dies sei bei vorhergehenden Maßnahmen nicht der Fall gewesen. Es werde eine klare Finanzierungsstruktur benötigt, weshalb der Projektsteuerer bereits bei der Planung mit am Tisch sitzen sollte.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Bau-, Umwelt- und Energieausschusses vom 24.11.2011 beschließt der Kreisausschuss, die Baumaßnahme „Neubau Gymnasium Diedorf“ im Rahmen eines konventionellen Realisierungsmodells durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0

TOP 7	Berufliches Schulzentrum Neusäß; Zustimmung zum Notarvertrag - Bewilligung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen Vorlage: 11/0304
--------------	--

Sachverhalt:

In der gemeinsamen Sitzung des Bau- und Umweltausschusses und des Schul- und Kulturausschusses am 15.03.2011 wurde die Verwaltung beauftragt, eine notarielle Absichtserklärung mit dem Grundstückseigentümer der FlNr. 219 Gemarkung Neusäß über den Kauf der für den Neubau des Staatlichen Beruflichen Schulzentrums erforderlichen Teilfläche zu einem Preis von 84 €/m² abzuschließen. Diese Absichtserklärung ist befristet bis zum 31.12.2011.

Zwischenzeitlich fand am 27.10.2011 und am 28.10.2011 das Preisgericht zum Architektenwettbewerb nach RPW statt. Insgesamt 30 Planungsbüros haben am europaweit ausgeschriebenen Architekturwettbewerb des Landkreises teilgenommen. Das folgende Wettbewerbsergebnis wurde in der Ausstellungseröffnung am 07.11.2011 öffentlich bekannt gegeben:

- 2. Preis Spreen Architekten, München
- 2. Preis Diezinger und Kramer Architekten, Eichstätt
- 2. Preis Löhle Neubauer Architekten, Augsburg
- 4. Preis Broghamer Jana Wohlleber, Zimmern o. Rottweil
- 5. Preis Kaestle Ocker Roeder Architekten, Stuttgart
- Anerkennung Fuchs und Rudolph Architekten, München
- Anerkennung Wolfgang Ott, Augsburg
- Anerkennung mv-marchitektur+starkearchitektur, Köln
- Anerkennung Schulz und Schulz Architekten, Leipzig

Das Preisgericht empfiehlt dem Auslober, die Verfasser der mit einem Preis ausgezeichneten Arbeiten auf Grundlage der in der Beschreibung genannten Anmerkungen und Kritikpunkte zu einer honorierten Überarbeitung (gem. § 20 VOF) aufzufordern, die im Rahmen der Verhandlungsgespräche von den Preisträgern vorgestellt werden sollte. Die Vorstellung der überarbeiteten Entwürfe erfolgt voraussichtlich in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 15.12.2011. Es hat sich im Verfahren jedoch bereits herauskristallisiert, dass der Erwerb der nördlichen Optionsfläche auf der FlNr. 219 Gemarkung Neusäß bei allen Entwürfen erforderlich ist.

Die Verwaltung empfiehlt, die notarielle Beurkundung über den Kauf der für den Neubau des Staatlichen Beruflichen Schulzentrums Neusäß erforderlichen Teilfläche (ca. 16.500 m²) der FlNr. 219 Gemarkung Neusäß gemäß dem abgeschlossenen Vorvertrag zu einem Preis von 84 €/m² abzuschließen. Der Bau-, Umwelt- und Energieausschuss wird sich erneut in seiner Sitzung am 24.11.2011 mit der Angelegenheit befassen.

Hierdurch wird ggfs. eine Verpflichtungsermächtigungen in der Höhe des Kaufpreises einschließlich Nebenkosten von etwa 1.400.000 € erforderlich. Bei Aufstellung des Kreishaushalts 2011 wurde jedoch noch von einer Generalsanierung der Beruflichen Schulen in Neusäß ausgegangen, welche keines Grunderwerbs bedurft hätte. Eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung wurde folglich nicht in den Kreishaushalt eingestellt. Zum Abschluss des Kaufvertrages muss somit eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung bewilligt werden. Die Deckung kann durch nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen bei den Baumaßnahmen „Neubau des Beruflichen Schulzentrum Neusäß“ HhSt. 1.2401.9400 in Höhe von 700.000 € und „Gymnasium Königsbrunn – Neubau Dreifachsporthalle“ HhSt. 1.2354.9402 in Höhe von 700.000 € gewährleistet werden. Sie sind somit zulässig.

Finanzielle Auswirkungen:		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		<input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt.	<input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt.
		€	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/ Folgekosten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung Eigenanteil:	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
1.400.000 €	€	€	€

Bemerkungen:

Die Gesamtkosten werden bei der HhSt. 1.2401.9320 im Haushaltsjahr 2012 veranschlagt und umfassen den Kaufpreis sowie die Nebenkosten (Notar, Vermessung, Grundbuch etc.). Es werden daher außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.

Herr Seitz erläutert den Sachverhalt.

Von **Herrn Püschel** wird auf den als Tischvorlage ausgeteilten Ringtauschvertrag hingewiesen, worauf ggf. im nichtöffentlichen Teil näher eingegangen werden soll.

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt nach Beschluss des Bau-, Umwelt- und Energieausschusses vom 24.11.2011 dem Kreistag, die außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen für den Abschluss des Grunderwerbs zum Neubau des Beruflichen Schulzentrums in Höhe von 1.400.000 € bei der Haushaltsstelle 1.2401.9320 bereit zu stellen. Die Deckung kann durch nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen bei den Baumaßnahmen „Neubau des Beruflichen Schulzentrum Neusäß“ HhSt. 1.2401.9400 in Höhe von 700.000 € und „Gymnasium Königsbrunn – Neubau Dreifachsporthalle“ HhSt. 1.2354.9402 in Höhe von 700.000 € gewährleistet werden.

Sollte aufgrund der Dringlichkeit nicht bis zur nächsten Kreistagssitzung abgewartet werden können, ergeht die Empfehlung an den Landrat zum Erlass einer entsprechenden Dringlichen Anordnung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0

**TOP 8 Bildung und Teilhabeleistungen;
Sachstandsbericht
Vorlage: 11/0307**

Anlagen: Statistik „Anträge BuT je Leistung und Rechtskreis“ Stand: 01.11.2011
 Statistik „Zusammenstellung Ausgaben für Bildung und Teilhabe
 nach Trägern“, Stand. 01.11.2011
 Statistik „BuT - Verteilung Bundeszuschuss 2011“ Stand: 01.11.2011

Sachverhalt:

In der Sitzung des Kreisausschusses am 30.05.2011 wurde über die Umsetzung der Leistungen zur Bildung und Teilhabe (BuT) berichtet. Zum damaligen Zeitpunkt konnten keine seriösen Schätzungen über die Höhe der Ausgaben getroffen werden. Aufgrund zögerlicher Antragszahlen wurde die Verwaltung beauftragt, verstärkt Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Es fehlten auch noch Haushaltsstellen, das Zusatzmodul für das Sozialhilfe-EDV-Programm, Hinweise der Rechtsaufsicht zu bekannten Problemen und der Umfang des bereitzustellenden Personals.

Aktuelle Inanspruchnahme

Eine aktuelle Umfrage des Deutschen Landkreistages unter den Landkreisen Anfang November 2011 hat nunmehr ergeben, dass die einzelnen Leistungen wesentlich stärker in Anspruch genommen werden. Durchschnittlich sei dies nunmehr in etwa 45 % der geschätzten Anspruchsberechtigten, die Leistungen beantragt haben. Die meisten Anträge richten sich nach wie vor auf das gemeinschaftliche Mittagessen, auf eintägige Ausflüge und mehrtägige Klassenfahrten.

Mit dem Jobcenter wurde nach der letzten Sitzung des Kreisausschusses vereinbart und festgelegt, dass Informationsmaterial über die möglichen BuT - Leistungen den Kunden bei jeder persönlichen Vorsprache ausgehändigt und jedem Leistungsbescheid beigelegt werden. Gleichmaßen wurde im Landratsamt Augsburg bei der Sozialhilfeverwaltung und Wohngeldstelle verfahren. Bei Schulleiterkonferenzen oder Tagungen der Leitungen von Kindertageseinrichtungen informierte das Landratsamt über die möglichen Leistungsansprüche. Die Gemeindeverwaltungen wurden wiederholt auf die Leistungsansprüche der Eltern verwiesen und geeignetes Informationsmaterial verschickt. Im Internet-Angebot des Landratsamtes Augsburg sind Informationen und Anträge als Download-Angebot enthalten. Festzustellen ist, dass auch im Landkreis Augsburg die Antragstellung stark zugenommen hat.

Personal und EDV

Die Bearbeitung der BuT-Anträge erfolgt derzeit im Landratsamt Augsburg und im Jobcenter mit dem bisher eingesetzten Personal. Im Jobcenter Augsburger Land liegen die tatsächlichen SGB II - Fallzahlen noch unterhalb dem von der Bundesagentur festgelegten Fallbearbeitungsschlüssel im Bereich Passive Leistungen. Dies bedeutet, dass zusätzliches Personal hier noch nicht notwendig ist. Im Sachgebiet „Soziale Leistungen“ im Landratsamt Augsburg konnten die Aufgaben bisher durch organisatorische Maßnahmen bewältigt werden.

Eine mögliche Rückübertragung der Fallbearbeitung für die SGB II-Kunden vom Jobcenter auf das Landratsamt Augsburg und damit einheitliche Bearbeitung aller BuT – Angebote im Landratsamt wurde zwischen dem Jobcenter und dem Landratsamt erörtert und derzeit nicht für geboten erachtet.

Im Landratsamt stehen inzwischen das EDV - Software-Modul und die notwendigen Haushaltsstellen zur Verfügung, während beim Jobcenter Augsburg Land eine einfache Bearbeitung und Auszahlung über die Software A2LL erst im Herbst 2012 möglich sein wird. Dies bedeutet hier, dass die Auszahlungen über ein EDV - Hilfsprogramm vorgenommen werden und sämtliche notwendige Daten für die Statistik zum Teil händisch zu erfassen sind.

Einnahmen- und Ausgabenentwicklung

Zum Stand 01.11.2011 wurden beim Jobcenter knapp über 115.000 Euro und beim Landratsamt Augsburg knapp über 43.000 Euro, also insgesamt ca. 158.000 Euro an Leistungen erbracht. Da die Leistungen in der Regel nicht an die Hilfeempfänger, sondern an die Dienstleister im Nachhinein ausgezahlt (erstattet) werden, werden die tatsächlichen Ausgaben – bezogen auf den Bewilligungszeitraum – tatsächlich wesentlich höher liegen.

„Finanziert“ werden diese Ausgaben durch einen erhöhten Zuschuss des Bundes an den tatsächlichen Kosten für Unterkunft und Heizung für SGB II-Empfänger. Für das Jahr 2011 erfolgt keine Spitzabrechnung, sondern es verbleibt bei den Pauschalen.

Zum Stand 01.11.2011 erfolgte ein Zuschuss des Bundes von insgesamt 3,5 Mio. Euro, wovon knapp 2,7 Mio. Euro die Beteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung für SGB II-Leistungsempfänger betreffen. Der Unterschiedsbetrag von knapp 887.000 Euro ist für die BuT - Leistungen, zusätzliche Verwaltungskosten, die erstmalige notwendige Übernahme der Warmwasserkosten im Bereich Sozialhilfe und Zuschüsse für Mittagessen für Hortkinder und zusätzliche Sozialarbeiter gedacht.

Bezogen auf die BuT-Leistungen selbst beträgt der Zuschuss 423.891 Euro.

Umsetzungsprobleme

Nach wie vor ist das Verfahren äußerst verwaltungsaufwendig. BuT - Bewilligungen können vom Jobcenter bzw. Landratsamt Augsburg immer nur für den jeweiligen Bewilligungsabschnitt erteilt werden. Dies kann beispielsweise hinsichtlich der Leistungen Zuschuss Mittagessen, eintägige Ausflüge und Klassenfahrten bedeuten, dass während eines Schuljahres mehrfach Anträge gestellt und Bewilligungsbescheide erstellt werden müssen.

Bei eintägigen Ausflügen von Schulkindern oder Kindern in Kindertageseinrichtungen muss zwar nicht je Ausflug ein Antrag gestellt werden. Trotzdem erweist sich die vorgegebene Erstattung ausschließlich an die Schule oder Kindertageseinrichtung manchmal als problematisch. So haben die Volksschulen selbst in der Regel kein Konto und die Kosten für kurzfristige Tagesausflüge werden von den Lehrern verauslagt und eingesammelt. Hier hat das Bayerische Sozialministerium signalisiert, dass in begrenzten Einzelfällen (z. B. wenn eine Entscheidung über den vorher gestellten Antrag nicht abgewartet werden konnte) verauslagte Beträge von Eltern ausnahmsweise erstattet werden können.

Nach wie vor nicht gelöst ist das Problem, dass auch Leistungen zur Teilhabe, z. B. ein Vereinsbeitrag, nicht an die Eltern selbst erstattet werden darf. Dies bedeutet oft eine Ablehnung der Ansprüche, wenn nämlich der Vereinsbeitrag per Einzugsermächtigung vom Konto der Eltern abgebucht und damit schon bezahlt wurde. Eigene Rechnungen für Kinder zu stellen, sind manche Vereine wegen des zusätzlichen Aufwandes nicht bereit. Hier haben wir in unseren Veranstaltungen und Hinweisen ausdrücklich darauf hingewiesen, diese Leistungen nicht schon zu bezahlen, damit eine Zahlung möglich ist. Hier ist der Gesetzgeber gefordert, entsprechende gesetzliche Anpassungen vorzunehmen.

Es gibt noch zahlreiche weitere Probleme, die eine einfache Umsetzung verhindern und das Verfahren nach wie vor sehr aufwendig machen. Es bleibt zu hoffen, dass – wie bereits an-

gekündigt – im Frühjahr 2012 Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände die Erfahrungen nach einem Jahr BuT zur Vereinfachung des Verfahrens nutzen.

Finanzielle Auswirkungen:		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		<input type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt.	<input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt.
		€	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/Fogelasten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung Eigenanteil:	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
€	€	€	€

Bemerkungen:

„Finanzielle Auswirkungen“ werden in die Haushaltsplanung aufgenommen.

Herr Beck stellt den Sachverhalt dar.

Kreisrat Neher führt an, dies sei eine sehr gute Idee von der Politik gewesen. Wenn er aber nun höre, wie kompliziert die Umsetzung im Laufe eines Schuljahres sei, dann sei zu hinterfragen, wo man mit dem Bürokratieabbau stehe. Es sei nicht einleuchtend, dass das Mittagessen mehrfach beantragt werden müsse. Kreisrat Neher glaubt daher nicht, dass das Gesetz vernünftig umgesetzt werden kann.

Landrat Sailer betont, hier sei der Bundesgesetzgeber gefordert. Es wäre einfacher, den Schulen und Vereinen ein Budget zu geben und hierfür am Jahresende einen Verwendungsnachweis zu verlangen.

Kreisrat Buhl dankt Herrn Beck für seine Ausführungen. Wenn Herr Beck schlüssige Antworten gehabt hätte, wie man dies vereinfachen könne, dann hätte dies jeder an seinen zuständigen MdB weitergeben können. Es gebe aber kaum Möglichkeiten, wo man einhaken könne. Von daher wäre es vielleicht hilfreich, sich in einem Schreiben an den Landkreistag zu wenden.

Herr Beck teilt mit, dass er bezüglich dieses Themas sowohl mit dem Bayer. Landkreistag wie auch dem Deutschen Landkreistag in Kontakt stehe.

Kreisrat Fröhlich meint, dass die Bundestagsabgeordneten dies beschlossen hätten, weshalb man unmittelbar an diese herantreten und um Änderung im Bundestag bitten sollte.

Landrat Sailer sichert zu, neben dem Landkreistag auch alle Abgeordneten der Region anzuschreiben und die Schwierigkeiten bei der Umsetzung zu erläutern.

**TOP 9 ÖPNV - Fortschreibung des Regionalen Nahverkehrsplanes;
Besetzung des arbeitsbegleitenden Ausschusses
bei der AVV GmbH
Vorlage: 11/0302**

Sachverhalt:

Die Fortschreibung des Regionalen Nahverkehrsplanes für die Landkreise Augsburg und Aichach-Friedberg, Teile des Landkreises Dillingen und die Stadt Augsburg ist vor wenigen Wochen gestartet. In diesem Prozess zur Gestaltung des ÖPNV im Großraum Augsburg ist eine breite Beteiligung verschiedenster Betroffener vorgesehen. Hierzu gehört eine Einbindung der Kommunen, der Busunternehmen, der Schienenverkehrsunternehmen, der Bürger, der Fahrgast- und Behindertenverbände, der Kreisgremien und vieler mehr.

Die Kreisgremien sollen über einen arbeitsbegleitenden Ausschuss bei der AVV GmbH eng in die Fortschreibung eingebunden werden. Folgende Teilnehmer sind für dieses Gremium vorgesehen: Mitglieder der Kreistage aus den Landkreisen Augsburg (5), Aichach-Friedberg(3) und Dillingen (2), jeweils je ein Vertreter aus der Verwaltung der Landratsämter, zwei Vertreter des AVV, ein Vertreter der BEG sowie ein Vertreter aus der Projektgruppe der Stadt Augsburg.

Für den Landkreis Augsburg sind fünf Vertreter aus der Mitte des Kreistages vorgesehen. Nachdem der Landkreis Augsburg bereits einen eigenen Arbeitskreis „Regionaler Nahverkehrsplan“ hat, der die isolierte Betrachtung des Verkehrs im Landkreis begleitet, wird vorgeschlagen, in den projektbegleitenden Ausschuss die gleichen fünf Personen zu entsenden. Damit wäre auch sichergestellt, dass zwischen dem Landkreis-Arbeitskreis und dem AVV-Ausschuss keine Informationsdefizite auftreten und die Fortschreibung der landkreiseigenen Planungen unmittelbar in die regionale Planung einfließen kann.

Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, folgende Mitglieder des Kreistages in den arbeitsbegleitenden Ausschuss der AVV GmbH zu entsenden:

KR Manfred Buhl, FDP/ÖDP-Fraktion
KR Bernhard Hannemann, FW-Fraktion
KR Heinz Liebert, CSU-Fraktion
KR Joachim Schoner, Fraktion Bündnis90/Die Grünen
KR Peter Ziegelmeier, SPD-Fraktion

Landrat Sailer verweist auf den Sachverhalt in dieser Angelegenheit.

Neben den bereits vorgeschlagenen Mitgliedern sollen noch folgende Stellvertreter benannt werden:

CSU	KR Jürgen Schantin
SPD	KR Bernhard Walter
FW	KR Albert Lettinger
Grüne	KRin Ursula Jung
FDP/ödp	KRin Gabriele Olbrich-Krakowitzer

Beschluss:

Der Kreisausschuss des Landkreises Augsburg entsendet in den arbeitsbegleitenden Ausschuss der AVV GmbH zur Fortschreibung des Regionalen Nahverkehrsplanes folgende Mitglieder und Stellvertreter:

<u>Fraktion</u>	<u>Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>
CSU	Heinz Liebert	Jürgen Schantin
SPD	Peter Ziegelmeier	Bernhard Walter
FW	Bernhard Hannemann	Albert Lettinger
Bündnis 90/Die Grünen	Joachim Schoner	Ursula Jung
FDP/ödp	Manfred Buhl	Gabriele Olbrich-Krakowitzer

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0

**TOP 10 Imagefilm des Landkreises;
Genehmigung aus Mitteln der Wirtschaftsförderung - Aufhebung des Sperrvermerks
Vorlage: 11/0308**

Sachverhalt:

Am 6. Dezember 2010 fand im Landratsamt die Runde der Fraktionsvorsitzenden unter Leitung von Herrn Landrat Martin Sailer statt. Nachdem von Seiten einiger Kreisräte die Erstellung eines Imagefilms über den Landkreis angeregt worden war, wurde in diesem Gespräch ein erstes Brainstorming mit Ideen und Anregungen dafür durchgeführt. Auf dieser Grundlage und nach Durchsicht verschiedener Imagefilme aus anderen Landkreisen wurde ein Leistungsverzeichnis erstellt, um Angebote verschiedener Produktionsfirmen einzuholen. Die Entscheidung wurde im Mai getroffen und fiel auf die Produktionsfirma rt1.tv. Im Laufe der vergangenen Woche drehte die Firma verschiedene Sequenzen und erstellte einen Imagefilm, der in der weihnachtlichen Festsitzung des Kreistages gezeigt wurde. Die Kosten für den Film belaufen sich auf 18.100 Euro brutto.

Die Finanzierung soll über vorhandene Haushaltsreste der Wirtschaftsförderung bei der HhSt. 0.7912.6321 erfolgen. Diese Mittel sind jedoch mit einem Sperrvermerk des Kreisausschusses versehen, der folglich insoweit aufgehoben werden müsste.

Finanzielle Auswirkungen: <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr: <input checked="" type="checkbox"/> im Verw.HH: <input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt. 7912.6321 HhSt. Ansatz 120.000 € € HAR 110.000 €	
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/Herstellungskosten): 18.100 €	Jährliche Folgekosten/Fogelasten: <input type="checkbox"/> keine €	Gesamtfinanzierung Eigenanteil: €	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.): €

Bemerkungen:

Frau Lichti erläutert den Sachverhalt.

Landrat Sailer teilt mit, dass der Film an einem bestimmten Personenkreis verteilt und auch den Schulen zugänglich gemacht werden soll.

Hierzu informiert **Frau Lichti** über ein Angebot von rt1.tv für 500 DVD's. Die Kosten hierfür würden bei 850 € zuzüglich MwSt. liegen. Die Gesamtsumme würde somit rd. 19.000 € betragen.

Der Kreisausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Kreisausschuss genehmigt die Ausgaben für die Erstellung eines Imagefilms für den Landkreis Augsburg aus Mitteln der Wirtschaftsförderung (HhSt. 0.7912.6321).

Der Kreisausschuss beschließt insoweit die Aufhebung des Sperrvermerks zu den übertragenen Haushaltsresten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0

TOP 11 Verschiedenes
Kostenbeteiligung des Landkreises
an der Entwicklungsstudie Innovationspark;
Freigabebeschluss
Vorlage: 11/0324

Sachverhalt:

Im Rahmen der Kreisausschusssitzung am 11.07.2011 wurde die Beteiligung des Landkreises an der Entwicklungsstudie zum Augsburg Innovationspark beschlossen. Der Betrag von bis zu 20.000 EUR wurde unter der Maßgabe festgesetzt, dass insbesondere die Mehrwerte für mittelständische Unternehmen und die Potentiale des Landkreises untersucht und aufgezeigt werden. Die Stadt Augsburg hat den Bearbeitungsauftrag entsprechend erweitert, so dass die Maßgaben berücksichtigt werden. Ein erster Zwischenbericht wird Mitte Dezember 2011 erfolgen. Die Fertigstellung der Studie und des Abschlussberichtes wird aufgrund der umfangreichen Experteninterviews erst im Laufe des ersten Quartals 2012 erfolgen können.

Der Gesamtbetrag der Entwicklungsstudie beläuft sich auf insgesamt 74.851,00 EUR. Darin enthalten ist das so genannte „Landkreis-Papier“.

Der Beitrag des Landkreises in Höhe von 20.000 EUR wurde beschlossen und ist für die Auszahlung im laufenden Haushaltsjahr vorgesehen. Eine Rechnungsstellung der Stadt Augsburg vom 28.11.2011 liegt bereits vor.

Die entsprechenden Haushaltsmittel sollten aus dem mit Sperrvermerk versehenen übertragenen Haushaltsrest aus dem Haushaltsjahr 2010 abgegolten werden. Es wird um entsprechende Freigabe gebeten.

Finanzielle Auswirkungen:		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		<input checked="" type="checkbox"/> im Verw.HH: HhSt. 0.7912.6321 20.000,00 €	<input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt. €
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/ Herstellungskosten): €	Jährliche Folgekosten/ Folgekosten: <input type="checkbox"/> keine €	Gesamtfinanzierung Eigenanteil: €	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.): €

Bemerkungen:

Herr Gerhardt informiert über den oben stehenden Sachverhalt.

Der Kreisausschuss fasst dazu wie folgt

Beschluss:

Der Kreisausschuss beschließt die Aufhebung des Sperrvermerks bei der HhSt. 0.7912.6321 für die Freigabe der Finanzmittel in Höhe von 20.000 EUR für die Beteiligung an der Entwicklungsstudie des Augsburg Innovationspark.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0

TOP 11 Verschiedenes

Zum Stand der Planung einer FOS im Landkreissüden berichtet **Landrat Sailer**, dass er nochmals mit der Stadt Augsburg darüber gesprochen habe, ob von dort der Antrag gestellt würde, eine Außenstelle im Landkreissüden zu errichten. Die Aussagen des Ministerialbeauftragten, des Schulleiters, des Schulreferenten als auch des Oberbürgermeisters seien sehr deutlich gewesen. Es sei nicht beabsichtigt, einen solchen Antrag zu stellen.

TOP 12 Wünsche und Anfragen

In Anbetracht der anstehenden Haushaltsberatungen verweist **Kreisrat Buhl** auf die erfreuliche Tatsache, dass die Bundesregierung die Kommunen bei der Grundsicherung entlasten wird. Seine Fraktion habe zum Antrag erhoben, die dem Landkreis dadurch verbleibenden Mittel gezielt für die Bildungsoffensive einzusetzen. Kreisrat Buhl übergibt diesen Antrag daraufhin an Landrat Sailer.

Kreisrat Liebert erklärt, die CSU-Fraktion habe sich vor allem über die verschiedenen Stufen dieser Bundesbeteiligung an den Mitteln der Grundsicherung Gedanken gemacht. Es sei erfreulich, dass nun eine Aufstockung von 16 auf 45 % erfolge. Minister Schäuble habe den Kommunen aber eigentlich zugesagt, die Bundesbeteiligung auf 100 % festzusetzen, was jetzt nur in Schritten geplant sei. Die weitere Zeitschiene sei in das Gesetz bisher nicht eingearbeitet worden.

Der erste Schritt bringe dem Bezirk Schwaben nun etwa 6 Mio. €, dem Landkreis Augsburg etwa 850.000 €. Die CSU-Fraktion sei ebenfalls der Meinung, dass dieses Geld in die Bildungsinvestitionen einfließen soll und werde noch einen entsprechenden Antrag einbringen.

42. Sitzung des Kreisausschusses 05.12.2011